

## Politik

Was P. bedeutet und wie sie zu definieren sei, wird ganz unterschiedlich begriffen. Ihre Bestimmung variiert nach historischen Epochen, nach gesellschaftlichen Bedingungen und nach theoretischen Ansätzen. Wenn man aus der Vielfalt der P.-Begriffe einen Bedeutungskern destilliert, kann man diesen in der folgenden Definition festhalten: P. besteht in der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten eines Gemeinwesens durch allgemein verbindliche Entscheidungen.

Diese Definition enthält zwei Bestandteile, die jeweils mit einer Annahme verbunden sind: (1) Die erste Annahme besagt, dass es in jedem Gemeinwesen Angelegenheiten gibt, die alle betreffen und die geregelt werden müssen. Zu diesen gemeinsamen Angelegenheiten gehört zum einen die Setzung von Handlungsnormen, die die Interaktionen zwischen den Mitgliedern des Gemeinwesens steuern und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt (→ Integration) gewährleisten. Diese Interaktionen müssen vor allem dann ausdrücklich geregelt werden, wenn entsprechende Handlungsnormen nicht schon durch eine selbstverständliche und fraglose Tradition gegeben sind. Aber auch dann, wenn solche Traditionen existieren, müssen Konflikte zwischen den Mitgliedern des Gemeinwesens durch eine autoritative Interpretation tradierter Handlungsnormen geschlichtet werden. Zu den gemeinsamen Angelegenheiten gehört zum anderen die Realisierung kollektiver Ziele. Relativ unstrittig ist allerdings lediglich das Ziel der Verteidigung des Gemeinwesens gegenüber Bedrohungen von außen. Was darüber hinaus kollektive Ziele sein sollten und wie diese zu realisieren sind, darüber bestehen in praktisch allen Gemeinwesen unterschiedliche Auffassungen, die erst durch die Anwendung von Verfahrensregeln zu so etwas wie einem kollektiven Willen gebündelt werden müssen. Als eine produktive Fiktion bei der Herstellung des kollektiven Willens kann

das → Gemeinwohl dienen.

(2) Die zweite Annahme besagt, dass wegen der zentralen Bedeutung dieser gemeinsamen Angelegenheiten für den Bestand und die Wohlfahrt des Gemeinwesens diese Angelegenheiten durch allgemein verbindliche Entscheidungen geregelt werden müssen. Die Fähigkeit, allgemein verbindliche Entscheidungen herzustellen und durchzusetzen, wird in der Regel mit (politischer) → Macht bezeichnet. Die Vorstellungen darüber, wie P. gestaltet und d. h., wie die gemeinsamen Angelegenheiten durch allgemein verbindliche Entscheidungen geregelt werden sollen, unterscheiden sich im historischen Vergleich beträchtlich.

In der → Demokratie des antiken Athen im 5. und 4. Jh. v. Chr. wurden praktisch alle verbindlichen Entscheidungen die das Gemeinwesen (Polis) betrafen, von den Bürgern selbst getroffen. Das geschah vor allem nach einer Diskussion in der Volksversammlung (*ekklesia*), der zentralen Institution der athenischen Demokratie. In dieser Diskussion wurden nur solche Beiträge als legitim erachtet, die sich auf den Nutzen der Polis (Gemeinschaft der Bürger) bezogen (→ politische Gemeinschaft). Dieses Gemeinwohlkriterium wurde auch in einer der frühesten systematischen Schriften über P. herangezogen. In seiner Typologie der Verfassungsformen, die Aristoteles (384–322 v. Chr.) in seiner *Politika* entwickelte, wurde die Orientierung der Regierenden am Gemeinwohl als normativer Maßstab einer guten politischen Ordnung angesehen (→ Staatsformen). *Ta politiká* bedeutet so viel wie ›die Angelegenheiten der Polis‹ oder ›die gemeinschaftlichen Angelegenheiten‹. Das ist zugleich die etymologische Wurzel des heutigen P.-Begriffs, die in der am Anfang genannten Definition von ›P.‹ enthalten ist.

In der Neuzeit vollzog sich eine fundamentale Transformation der Wirklichkeit und des Verständnisses der P. Dabei können zwei Stufen unterschieden werden: (1) Die erste wird gemeinhin mit Niccolò Machiavelli (1469–1527) verbunden, dessen Denken von der Realität der kleinen und mittleren Fürstentümer der Renaissance in Italien geprägt war. Er betrachtete P. als einen gegenüber der Moral autonomen Bereich. Das schließt das normative Kriterium des Gemeinwohls als kennzeichnendes Merkmal der P. aus. P. wird bei Machiavelli auf Macht reduziert, auf eine Technik der Machtbildung und Machtbehauptung. (2) Die zweite Stufe wird mit der Entwicklung der modernen Ge-

sellschaften angesetzt, die abstrakt als eine Erhöhung der gesellschaftlichen Komplexität beschrieben werden kann. Eine der Bedingungen für diese Komplexitätserhöhung war die Ausdifferenzierung eines → politischen Systems, dem die allgemeine Funktion zukommt, kollektive Entscheidungen herzustellen und durchzusetzen und bei der Ausführung und Konkretisierung dieser Funktion bestimmte Leistungen für die Gesellschaft zu erbringen. Dieser Gesichtspunkt ist in der Theorie des politischen Systems von David Easton aufgegriffen und systematisch ausgearbeitet worden (*A Framework for Political Analysis*, 1965; *A Systems Analysis of Political Life*, 1965). Dieselbe

funktionale Bestimmung von P. wird auch in der Theorie von Gabriel A. Almond und G. Bingham Powell (*Comparative Politics*, 1978) vorgenommen. Nach diesen Systemtheorien ist P. also eine Aufgabe eines eigens dafür ausdifferenzierten Teilsystems der Gesellschaft. Die Rolle der Bürger reduziert sich in der heutigen → repräsentativen/liberalen Demokratie weitgehend auf die Auswahl der Entscheidungsträger durch → Wahlen (Giovanni Sartori, *The Theory of Democracy Revisited*, 1987). Die antike Vorstellung, dass P. durch die Bürger selbst und nicht durch spezialisierte Akteure oder durch gewählte Repräsentanten durchgeführt wird, ist durch die Denkströmung des → Republikanismus aber weiterhin virulent geblieben und hat in der Moderne ihren Niederschlag in der Theorie der → partizipativen Demokratie und der → deliberativen Demokratie gefunden.

Aus den bislang diskutierten Bestimmungen von P. und ihrem Bedeutungswandel wird deutlich, dass es sich um ein komplexes Phänomen handelt, das in mehrere Dimensionen untergliedert werden kann. Dazu bieten sich zwei analytische Instrumente an: (1) Das eine stammt aus der angelsächsischen P.-Wissenschaft und differenziert zwischen *policy*, *politics* und *polity*. *Policy* bezeichnet die inhaltliche Dimension der P., das sind vor allem die konkreten materiellen Politiken, die durch den → politischen Prozess hergestellt werden. Der Prozess der Herstellung der Politiken durch die beteiligten Akteure wird mit dem Begriff der *politics* benannt. Dieser Prozess vollzieht sich immer in bestimmten Ordnungen und Formen, die als *polity* bezeichnet werden. Gegenstand der *polity*-Forschung sind z. B. Verfassungsordnungen und Verfahrensnormen.

Ein Nachteil dieses analytischen Instruments ist die Vernachlässigung der Werte und Prinzipien der P. (z. B. Freiheit, Gleichheit oder auch Demokratie als Wert). (2) Diese bekommen in einem anderen analytischen Instrument, das zwischen Kultur, Struktur und Prozess als Dimensionen

der P. unterscheidet, einen strategischen Stellenwert (Dieter Fuchs »Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften«, in: *Soziale Integration*, Sonderheft 39 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, hrsg. von Jürgen Friedrichs / Wolfgang Jagodzinski, 1999). Die Kultur der P. (→ Politische Kultur) wird durch diese Werte und Prinzipien gebildet. Die Struktur, die durch die politischen → Institutionen und ihr Arrangement (Regime) gebildet wird, kann als Institutionalisierung der Werte und Prinzipien begriffen werden, die in einer Gesellschaft gelten. Diese Werte und Prinzipien stellen zugleich die Grundlage der → Legitimität einzelner Institutionen und des institutionellen Arrangements dar. Im Rahmen dieses Arrangements und der dazugehörigen Verfahrensnormen vollzieht sich der politische Prozess der Herstellung konkreter Politiken durch die beteiligten Akteure. Nach diesem analytischen Schema bilden die drei Dimensionen der P. also eine Art Steuerungshierarchie, die von den Werten und Prinzipien ausgeht und – vermittelt über die Institutionen und Verfahren – bei den konkreten Handlungen der politischen Akteure endet.

Dieter Fuchs und Edeltraud Roller

Ulrich von Alemann [u. a.] (Hrsg.): *Politik. Eine Einführung*. Opladen 1994.

Christian Meier: *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt a. M. 1983.

Thomas Meyer: *Was ist Politik?* Stuttgart 2003.

Volker Sellin: *Politik*. In: *Geschichtliche Grundbegriffe*. Hrsg. von Otto Brunner [u. a.]. Stuttgart 1978. S. 789–874.

Dolf Sternberger: *Drei Wurzeln der Politik*. Frankfurt a. M. 1978.